12 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilfrechts (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder – GTK)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5743

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/6506

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU dem Kollegen Jarzombek das Wort.

Thomas Jarzombek^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es ist heute ein großer Tag für die Kinder und Eltern in diesem Lande. Denn es ist der endgültige Abgesang auf dieses vermurkste GTK, das Sie uns hinterlassen haben

(Beifall von der CDU)

und das am Ende dieses Sommers endgültig Vergangenheit in diesem Land sein wird.

Ich meine, am Ende eines so langen Plenartages kann man es sich sparen, eine intensive Diskussion zu führen und alle Argumente noch einmal zu wiederholen. Ich verweise diesbezüglich auf die Debatte vom 19. Dezember. Insofern kann man es auf die einfache Formel reduzieren: Mit unserem KiBiz gibt es schon in diesem Jahr fast 50.000 Plätze für die unter Dreijährigen. Mit Ihrem alten GTK, dessen Abgesang heute stattfindet, gab es gerade einmal 10.000 Plätze.

Ich denke, dabei kann man es heute belassen. Wir werden diesen Gesetzentwurf natürlich annehmen.

Nun habe ich noch vier Minuten und drei Sekunden übrig, um auf alle Frechheiten, die in der Debatte vielleicht noch kommen, gegebenenfalls zu reagieren. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Jarzombek. – Als nächste Rednerin hat die Frau Kollegin Altenkamp das Wort für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren – die wenigen, die noch da

sind! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Frechheit ist in der Tat der Umgang der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen ...

(Christian Möbius [CDU]: Das ist Ihre Fraktion! – Zuruf von der CDU: Wir sind komplett!)

– Ja, das müssen Sie auch sein. Sie müssen schließlich gleich abstimmen, weil Sie diesen Regierungsfehler korrigieren müssen. Sie müssten nicht hier sein, wenn diese Regierung ordentlich gearbeitet hätte. Dafür kann ich nichts. Beschwerden Sie sich da.

(Die Rednerin zeigt auf die Kabinettsbank. – Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Ah!)

Wir wollen mal in Erinnerung rufen, worüber wir hier reden. Wir reden darüber, dass es diese Landesregierung versäumt hat, im Haushaltsverfahren die Kürzungen der Sachkostenpauschalen ordentlich zu verorten. Das hat sie tatsächlich vergessen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Stümperei!)

Dann hat es eine Anhörung gegeben, und dafür musste sich dieses Ministerium respektive eine Mitarbeiterin dreimal entschuldigen und für verantwortlich erklären. So. Deshalb sitzen wir hier, und deshalb müssen Sie hier vollzählig anwesend sein. Und soll ich Ihnen mal was sagen? – Das gönne ich Ihnen.

Unverantwortlich ist aber, wie Sie damit umgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Denn Sie haben mit diesem ganzen Vorgang eines deutlich gemacht: Sie haben ein Wahlversprechen gebrochen. Denn diese beiden Fraktionen waren diejenigen,

(Die Rednerin zeigt auf die Fraktionen von CDU und FDP.)

die in den Landtagswahlkampf gezogen sind und gesagt haben: Die Kürzungen der Sachkostenpauschalen finden wir falsch. Die nehmen wir zurück. – Dann, bei Regierungsübernahme, haben Sie so getan, als ob Sie partielle Amnesie hätten und von nichts mehr wüssten und haben die Kürzung der Sachkostenpauschalen fortgesetzt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Frank Sichau [SPD]: Aber nicht nur da!)

Der andere Punkt ist Ihre Formulierung vom Abgesang auf das alte GTK. Nein, Herr Jarzombek, nicht alles, was Sie nicht verstehen, was Ihnen

vielleicht zu komplex ist, weil es ein dickes Buch ist, ist deshalb schon falsch.

(Beifall und Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Es ist ganz einfach: Nicht alles, was sich Ihnen nicht erschließt, muss gleich schlecht und falsch sein.

Eines möchte ich noch sagen. Schließlich möchten wir nach vorne schauen und das wunderbare Gesetz, das vor uns liegt und für das Sie sich dauernd loben, betrachten.

Tatsache ist doch: Wir haben eine Umstellung auf Pro-Kind-Pauschalen. Da gucken wir uns doch mal diese Pro-Kind-Pauschalen an. Ich will nur an ein paar Stellen Förderhinweise, wie man so schön sagt, geben, obwohl sich der Minister beim vorigen Tagesordnungspunkt als völlig resistent erwiesen hat, als ihm solche Hinweise gegeben wurden.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Ein Punkt ist zum Beispiel, dass die Personalkosten bei den Pauschalen in der Form, wie sie jetzt berechnet sind, infolge von Tarifsteigerungen nicht auskömmlich sind, Herr Minister. Das müssen Sie sehen. Sie wussten nicht, wie die Tarifsteigerungen sein würden. Niemand wusste das. Vor diesem Hintergrund gibt es erhebliche Befürchtungen, dass sich diese Tarifsteigerungen letztendlich zulasten des Personals auswirken werden.

Ein anderer Punkt sind die Kostensteigerungen im Energie- oder Lebensmittelbereich. Auch das schlägt auf die Einrichtungen durch, und auch das wird in Ihren Pauschalen nicht berücksichtigt. Soweit es zutreffend ist, sind diese auch in Zukunft nicht berücksichtigt. Denn in Ihrem Gesetz steht, dass es ab 2009 zu einer Steigerung um 0,5 % kommt. Sie werden allerdings einräumen müssen, dass die Lebensmittelpreise, die Energiekosten und auch die Tarifsteigerungen um deutlich mehr als 0,5 % oder 1,5 % oder sonst wie steigen bzw. ausfallen werden.

(Norbert Killewald [SPD]: Ein bisschen verrechnet!)

Aus diesem Grund stehen wir am Anfang eines schweren Gangs, und deshalb – Herr Jarzombek, Ihre Freude in allen Ehren – bin ich mir sicher: So, wie Sie übers GTK reden, werden wir hier noch viele Male übers KiBiz reden, weil diese Umstellung auf Pro-Kind-Pauschalen schwierig ist.

Ein letzter Punkt. Jetzt kommen immer die Hinweise, dass die Träger die Rücklagen auflösen könnten. – Nun, Herr Minister, Sie können es sich vielleicht nicht vorstellen – das hat nichts mit Misstrauen zu tun –, aber mir sind zufälligerweise Träger bekannt, die aufgrund der weiter fortgesetzten Kürzungen der Sachkostenpauschalen mittlerweile so gut wie keine Rücklagen mehr haben. Wissen Sie, was diese Träger machen? – Die machen genau das, was Ihrer Meinung nach nicht passiert. Die entlassen zum Beispiel Mitarbeiterinnen, indem sie Zeitverträge nicht verlängern.

Das ist im Prinzip nichts anderes als Stellenabbau. Die können zukünftig keine Berufspraktikantinnen mehr anstellen. Und sie überlegen im Augenblick, wie sie ihren älteren Mitarbeiterinnenkörper durch dieses Gesetz durchführen können, ohne zu erheblichen Entlassungen kommen zu müssen, die sie vor das Arbeitsgericht bringen. Sie haben keine Rücklagen mehr und wissen überhaupt nicht, wie sie das finanzieren sollen.

Herr Minister, die Regelung, die Ihres Erachtens mit dem GTK abzuschaffen ist – Herr Jarzombek hat ja auch unterstützt, dass das endlich Gott sei Dank weg sei –, bot viele, viele Möglichkeiten, um auf diese individuellen Lebenslagen auch von Trägern und damit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reagieren. Diese Möglichkeiten sind mit Ihrem Gesetz weg. Die sind pauschal abgeschafft worden. Ob das wirklich zum Segen der Landschaft und zum Segen der Einrichtungen, Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen sein wird, das bleibt noch abzuwarten. Unsere These ist: Das wird nicht so sein. Es wirkt sich negativ aus. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Witzel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen den heutigen Beschluss über das GTK für die passgenaue Überleitung zum KiBiz

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

und für die Beendigung des GTK zum 31. Juli 2008. Frau Altenkamp hat gerade gesagt, wir hätten das heute nicht so solitär machen müssen, sondern man hätte das auch im Artikelgesetz an anderer Stelle mit erledigen können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: War das jetzt ein Fehler? Oder war es kein Fehler, Herr Witzel?)

Aber wir machen die Dinge heute vollständig.

Das ist auch ein guter Anlass, die guten Nachrichten zu kommunizieren, die mit der Umstellung vom GTK zum KiBiz verbunden sind. Denn obwohl Sie ja erklärt haben, was das angeblich für ein Spargesetz sei, bedeutet der Systemwechsel vom alten GTK zum neuen KiBiz allein im direkten Vergleich der Jahre 2007 GTK alt und 2008 KiBiz neu plus 150 Millionen € im System.

(Beifall von der FDP)

Das ist eine gute Nachricht für alle Eltern und für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen.

Ich erinnere Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, an Ihre eigenen Pressemeldungen, die ja gerade einmal wenige Monate alt sind. Darin erklären Sie: Keine besseren Chancen für Kinder durch das umstrittene KiBiz. Wer die Chancen für Kinder erhöhen will, muss auch das geänderte KiBiz ablehnen. Das Kinderbildungsgesetz der schwarz-gelben Koalition hat weder etwas mit Bildung noch mit Betreuung zu tun.

(Beifall von der SPD – Bodo Wißen [SPD]: Gut zitiert!)

Wenn Sie einmal daneben legen, wie heute das Buchungs- und Anmeldeverhalten der Eltern aussieht, meine Damen und Herren von der Opposition, dann liegen zwischen Ihrer Wahrnehmung und den Realitäten in diesem Land Welten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: War es jetzt ein Fehler, oder war es keiner?)

Wir haben insgesamt im Vergleich zu dem, was Sie bei dem Politikwechsel 2005 hinterlassen haben, die Angebotsplätze für unter Dreijährige auf mittlerweile 44.600 Plätze mehr als vervierfacht.

(Beifall von der FDP)

Wir setzen uns mit dieser Entwicklung in dieser Dynamik an die Spitze der westlichen Bundesländer. NRW ist eben nicht mehr Beispiel für die schlechtesten Relationen und die schlechtesten Angebote bundesweit, sondern für die größte Dynamik und die positivste Entwicklung aller westlichen Flächenländer in ganz Deutschland.

Wir haben den Erfolg zu vermelden, dass noch nie zuvor so viele Eltern ihre Kinder im Elementarbereich angemeldet haben und weit längere Buchungszeiten gewählt haben. Allein dafür lohnt sich der Systemwechsel, den wir heute abschlie-

ßend in der letzten Stufe mit den Überleitungsregelungen vom GTK zum KiBiz hin vollziehen.

Das Schönste daran ist: All das ist nicht Ergebnis eines staatlich moderierten Prozesses und von Zwang, sondern Ergebnis freiwilliger Entscheidungen der Eltern. Die hatten noch nie so viel Auswahlmöglichkeit, noch nie so viele Möglichkeiten, sich zu entscheiden zwischen den Zeitkontingenten 25, 35 und 45 Stunden. Sie haben ihre Entscheidung so getroffen, dass deutlich wird: Die Angebote sind attraktiv. Die Eltern wollen mehr von diesen Leistungen buchen als das, was wir schon bei wohlwollender Betrachtung haushalterisch zunächst angenommen haben.

Deshalb gilt für uns: Planungssicherheit. Das ist ganz wichtig. Das hat Ihnen auch der zuständige Ressortminister Laschet bei allen Diskussionen hier zugesichert. Wir können den Systemwechsel vom GTK zum KiBiz nur mit Plangrößen und Annahmen vollziehen. Aber wenn sich – wie hier durch das Buchungsverhalten dokumentiert – die realen Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung anders darstellen, als es prognostiziert war, werden wir jedem Anmeldewunsch nachkommen. Deshalb sind die Koalitionsfraktionen jetzt selbstverständlich auch bereit, einen Betrag in Höhe von rund 50 Millionen € zusätzlich in die Hand zu nehmen, um einen weiteren noch größeren Schritt nach vorne zu machen.

Mit dem letzten rechtlichen Schritt des Systemwechsels und der Überleitung vom GTK zum KiBiz, den wir heute vollziehen, haben wir damit endgültig den Bildungsauftrag im Elementarbereich präzisiert und für mehr Flexibilität in der Betreuungsinfrastruktur gesorgt. Wir haben die Kooperation zwischen Jugendbereich und Schule erkennbar intensiviert und insbesondere auch durch die Sprachstandsfeststellung institutionalisiert. Wir haben ein Vielfaches an U3-Betreuungsplätzen und damit eine sehr viel verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das alles ist eingebettet in ein gerechtes und transparentes Finanzierungssystem.

Deshalb sagen wir: Stimmen Sie heute der letzten Stufe der Reform vom GTK zum KiBiz hin zu! Viele Eltern und Kinder werden es uns danken. Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg zum Land der neuen Chancen, jeden Tag ein Stückchen mehr und mit Ihrer Zustimmung in einem weiteren wichtigen Baustein. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Als nächste Rednerin hat

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben heute wirklich ein sehr merkwürdiges Kontrastprogramm. Es ist genau der Kontrast zwischen Realitätsverleugnung, zwischen Traum und Wirklichkeit.

Der Traum: Heute Morgen wurde von den Regierungsfractionen ein inhaltsleerer substanzloser Antrag vorgelegt, wie wunderbar die Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen ist und man solle und müsse Kinder und Familien wirksam unterstützen. Wie das dann passieren soll – keine einzige Antwort, keine einzige Maßnahme dieser beiden Fraktionen.

Jetzt am Nachmittag folgt die Realität. Wir haben eben genau darüber gesprochen. Die traurige Realität ist, dass die Kindergärten keine neuen Auszubildenden einstellen, weil durch das neue Kindergartengesetz das Geld dazu fehlt. Jetzt reden wir über einen Gesetzentwurf dieser Landesregierung, der den Kindertagesstätten wieder das Geld kürzt. Diesmal sind es die Sachkosten.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie von CDU und FDP wirklich nur bitten: Wachen Sie aus Ihrer Selbstbeweihräucherung auf! Ihre Tagträume, diese Realitätsverleugnung, die wir erlebt haben, helfen niemandem, wenn sie nicht wirklich durch Handeln untermauert sind. Sie hätten jetzt die Gelegenheit dazu.

Jetzt geht es um Folgendes: Die Sachkosten für die Kindertagesstätten – das sieht der Gesetzentwurf vor – sollen um 2.800 € im Jahr gekürzt werden. Wir kennen diese Kürzungen aus den Vorjahren. Sie wurden schon 2004, 2005 als einmalige Maßnahme eingeführt.

(Ralf Witzel [FDP]: Ihre Fraktion!)

Schon diese einmalige Maßnahme für ein Jahr wurde von der damaligen Opposition aus CDU und FDP abgelehnt und bekämpft. So, wie Sie heute Nachmittag die Gelegenheit haben, Ihren „Träumeantrag“ von heute Morgen durch wirkliche Maßnahmen mit Leben zu füllen, genauso hätten Sie jetzt die Gelegenheit, Ihre Versprechen aus den Zeiten der Opposition wirklich einzulösen und diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wissen Sie, was – ich möchte es Ihnen nicht vorenthalten – die FDP-Fraktion – Ihr Geschäftsführer hat sich vorhin sehr lautstark geäußert – am 8. Januar 2004 im zuständigen Ausschuss für

Generationen, Familie und Integration beantragt hat? –

(Frank Sichau [SPD]: Deswegen ist Herr Lindner nicht hier!)

Sie hat beantragt, dass die damals einmalig gekürzte Sachkostenpauschale wieder in ihrer alten Höhe bezahlt werden soll.

Meine Damen und Herren, das haben Sie beantragt. Und jetzt werden Sie in wenigen Minuten den Arm dafür heben, dass das, was Sie damals bekämpft haben, heute gemacht wird. Das ist bigott und hat nichts mit Konsistenz von Handeln zu tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Es ist die konsistente Fortsetzung Ihrer Politik!)

Die CDU-Fraktion hat es genauso gemacht. Sie haben Wahlkampf damit gemacht, dass Sie, wenn Sie in Regierungsverantwortung kommen, diejenige Fraktion sein werden, die diese Sachkostenpauschale wieder in voller Höhe bezahlen wird. Heute hätten Sie die Möglichkeit dazu.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben damals argumentiert, Sie befürchten, dass mit dieser Sachkostenpauschale die pädagogischen Standards sinken werden. Das war damals nicht zutreffend, denn damals hatten die Einrichtungen noch Rücklagen. Das hat sich aber geändert. Erst durch Sie, durch Ihre Politik werden die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Kindertagesstätten definitiv verschlechtert. Das haben alle Fachleute gesagt. Da kann der Minister so populistisch und Ihnen zu Gefallen sein wie er will,

(Christof Rasche [FDP]: Der Minister ist nie populistisch! Niemals!)

und Sie können sich auf die Schenkel klopfen, wenn er spricht – die Realität wird es zeigen. Das werden wir erleben, sobald dieses Gesetz in Kraft tritt. Bei den Sachkosten wird die Kürzung im neuen Kindergartengesetz im Sommer fortgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren von der FDP, aber auch von der CDU, es ist schon peinlich genug, dass wir heute über eine Kürzung reden, die letztendlich schon seit Januar wirkt. So ist das nämlich. Ursache ist, dass der Pannenminister Laschet einfach vergessen hat, den notwendigen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. Wir haben das eben gehört. Seine Mitarbeiterin musste sich im Ausschuss dafür mehrfach entschuldigen.

Aber noch peinlicher ist es, dass den Menschen – den Eltern, den Erzieherinnen und Erziehern – von der Opposition Versprechungen gemacht worden sind und diese, sobald man in Regierungsverantwortung ist, über Bord geworfen werden. Das ist wahrhaft peinlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Kürzungsspektakel ist ein Musterbeispiel von „versprochen – gebrochen“, und das ist Ihre Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat Herr Minister Laschet für die Landesregierung das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist in diesem Landtag wahrscheinlich eine der letzten Debatten über das GTK.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Herr Laschet, träumen Sie weiter!)

– Das GTK, Frau Asch, endet am 1. August. Das ist in genau 77 Tagen und dem Rest von heute, liebe Frau Asch.

(Norbert Killewald [SPD]: Das haben Sie ja schon einmal gedacht! Schauen wir mal!)

Ab dann gilt KiBiz. Das bedeutet mehr Geld, mehr Betreuungsplätze, längere Betreuungszeiten, mehr Sprachförderung und das Wichtigste – jedenfalls mir persönlich –: 30.000 Kinder mehr angemeldet in den Kindertagesstätten des Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Erstens. Das ist schon heute ein Erfolg des KiBiz. Das zeigt das Vertrauen der Eltern in das neue Gesetz, und das gibt 30.000 Kindern mehr Bildungschancen.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das zeigt den Bedarf der Eltern!)

Zweitens. Sie haben über die Debatte zum „Tag der Familie“ am heutigen Vormittag gesprochen. Kollege Petersen war dabei, als heute Morgen die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das 500. lokale Bündnis in Deutschland und das 100. in Nordrhein-Westfalen mit dem Besuch in einer Kindertagesstätte begangen hat. Es ist kein Zufall, dass Sie nach Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Denn sie weiß, was in Nordrhein-Westfalen in den letzten drei Jahren für die Fami-

lien geleistet worden ist. Insofern ist auch das eine Anerkennung für unsere Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Den dritten Punkt, mit dem ich meinen Beitrag abschließen werde, lasse ich sofort folgen. Ich wollte dazu eigentlich nichts sagen. Aber nachdem Sie, Frau Asch, eine Mitarbeiterin des Ministeriums – wie Sie das so nett genannt haben – jetzt mehrfach in der Debatte erwähnt haben, möchte ich etwas dazu sagen. Man kann mit Menschen umgehen, wie man das für richtig hält.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Diese Mitarbeiterin des Ministeriums hat dafür gesorgt, dass in der Haushaltsplanung eindeutig die Summe benannt ist, um die es geht, dass in den Abschlagszahlungen eindeutig die Summe bezahlt wurde, dass in den Erläuterungen des Haushaltsbands 2008 eindeutig die Zahl festgelegt wurde und dass im Erläuterungsband zum Einzelplan 15 dieser Konsolidierungsbeitrag ebenfalls nicht erhoben wurde.

Das Einzige, was ihr – wenn Sie sie hier schon mehrfach zitieren – passiert ist: Sie hat in einem Begleitgesetz die Zahl 2007 nicht durch 2008 ersetzt. Das nehme ich als Minister auf mich: Ja, in der Fülle der Arbeiten zum KiBiz haben die Mitarbeiter des Hauses die Zahl 2007 nicht durch 2008 ersetzt. Das muss ich mir politisch vorhalten lassen. Es gab ja auch genug Ärger.

Das aber jetzt nach Monaten immer noch vorzutragen, nachdem die Leute harte Arbeit am KiBiz geleistet haben, ist unfair gegenüber den Mitarbeitern des Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist noch ein wichtiger Tag heute: Zum letzten Mal wird dieses unselige Wort „Trägerkonsolidierungsbeitrag“ diesen Landtag ereilen. Was hat das denn gemeint? – Das waren die Kürzungen der alten Landesregierung, die ab dem Jahr 2004 Geld aus den Kindertagesstätten herausgenommen hat. Ich sage Ihnen: Ich bin sicher, dass dieser Landtag nie mehr das Wort „Trägerkonsolidierungsbeitrag“ hören wird, dass es in den nächsten Jahren mehr Geld geben wird, weil der Finanzminister nämlich nicht mehr Dieckmann, sondern Helmut Linssen heißt. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir können also zur Abstimmung kommen. Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6506**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/5743 unverändert anzunehmen. Wer will dieser Beschlussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtanwesenheit des Kollegen Sagel **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder für morgen, Freitag, 16. Mai 2008, 10 Uhr, ein und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:55 Uhr

---

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.